

GZ: BMASK-59201/0019-V/A/1/2017

Wien, **14. SEP. 2017**

Betreff: Informeller EU-Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit- u. Verbraucherschutz" am 19. und 20. Juli 2017 in Tallinn, Vortrag an den Ministerrat

Vortrag an den Ministerrat

Am 19. und 20. Juli 2017 fand in Tallinn ein **informelles Treffen der Arbeits- und SozialministerInnen** statt. Österreich war durch Herrn Bundesminister Stöger vertreten. Das Treffen befasste sich mit dem Thema **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**.

In der Diskussion wurde die ungleiche Verteilung zwischen Frauen und Männern bei der Sorgearbeit angesprochen und darauf aufmerksam gemacht, dass die Hauptlast von den Frauen getragen werde („Gender Care Gap“). Die Delegationen wiesen in diesem Zusammenhang auf das Problem des Gender Pay Gaps hin, der sich wiederum auf die Pensionshöhe der Frauen auswirke. Aus diesem Grund sei es notwendig, die Beschäftigung von Frauen weiter zu fördern und Unterstützung zur besseren Vereinbarkeit bereitzustellen, wobei nicht nur auf klassische Arbeitsverhältnisse und Familientypen abgestellt werden dürfe. Wesentliche Parameter seien Angebote für die Betreuung von Kindern, Älteren und Menschen mit Behinderung, ebenso Teilzeit- und Telearbeit unter Verwendung neuer Technologien, wobei hier besonders auf mögliche damit verbundene Gefahren im Zusammenhang mit Karrierechancen und Einkommen geachtet werden müsse. Die Vereinbarkeitsfrage sei entscheidend bei der Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die Mitgliedstaaten berichteten von nationalen Informations- und Bewusstseinskampagnen zur Förderung der Gleichstellung und Väterbeteiligung, betonten die Notwendigkeit der Ein-

bindung der Sozialpartner bei Vereinbarungsfragen und hoben Vorteile von Vereinbarkeitsmaßnahmen für Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen hervor.

Im Rahmen des Rates wurde die Trio-Deklaration im Bereich der Geschlechtergleichstellung unterzeichnet. Die Deklaration enthält die Prioritäten und geplanten Initiativen der estnischen, bulgarischen und österreichischen EU-Ratspräsidentschaften zur Stärkung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Unter österreichischem Vorsitz im zweiten Halbjahr 2018 wird das Thema Jugend und Geschlechtergleichstellung im Fokus stehen. Die Bundesregierung möge die in der Beilage übermittelte Trio Presidency Declaration on Equality between Women and Men zur Kenntnis nehmen.

Wir stellen den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle von diesem Bericht Kenntnis nehmen.

Wien, am 14. SEP. 2017


Alois Stöger


Pamela Rendi-Wagner